

Baruther Anzeiger

Veröffentlichung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

ersch. Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Märk).
Verleger: Dr. G. Sächse, Baruth (Märk).
Postfach Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
In Halle höherer Gewalt, Betriebsstörungen ufm. hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrages.
Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Märk).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntagsbeilage: Die illustrierte Sonntagsbeilage

85 Donnerstag, den 17. Juli 1930

Reichspräsident sagt die Reise ins preussische Rheinland ab.

Amstlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen, sowie in Wiesbaden abgelehnt und diese Abgabe in folgendem Schreiben an den Reichspräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Rheinlande in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte unter der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms und der Frontkämpfer in Rheinland und Westfalen, das ich, wie ich hoffe, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als nicht gerechtfertigt und dem Sinne des Gesetzes zumiderlaufend betrachten muß, bis dahin aufgehoben sei und auch der Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne.“

„Ich habe zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die auch die Reichsregierung inzwischen verwandt hat, überholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerens sie aber bisher nicht versagt.“

„Ich hoffe, daß der preussische Minister des Innern in dem Herrn Reichspräsidenten absehriftlich übermittelten Schreiben vom 15. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederholung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, deren Verlangen und Formulierung ich entnehmen muß. Sie und das preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsch nicht zu entsprechen.“

„Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer aus und machen es den in dieser Organisation verbleibenden alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation nach zu begründen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl auftreten. Diese ungleiche Behandlung ist für mich unannehmlich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Überparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist.“

„Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen und meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz, Trier und Aachen, aus dem gleichen Grunde habe ich meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz getätigten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgesetzt. So lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen.“

„Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung gez. v. Hindenburg.“

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, dem 20. Juli, unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Überraschung im Reichstag.

Der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Reichspräsidenten mit der Abgabe des Rheinlandbeschlusses im Reichstag am Dienstag wie eine Bombe gewirkt. Ereignisse im Reichstage selbst waren völlig im Hintergrund getreten. Den meisten Abgeordneten war der Brief völlig überraschend gekommen. Der preussischen Fraktion wurde der Vorwurf des Ungehorsams unter großem Beifall verlesen. Von maßgebender Seite wurde der Brief als ein Konfliktakt betrachtet, und man war der Meinung, daß es sich um einen bewußten Vorstoß handele, um die preussische Regierungskoalition in Schwierigkeiten zu bringen. Auf Seiten des Zentrums hielt man sich in der Ablehnung der Wirkung des Briefes noch zurück. Im Reichstage sah man auch den Führer der preussischen Fraktion, den Abg. Heß. Das preussische Staatsministerium hatte sofort nach Veröffentlichung des Briefes Stellung eingenommen.

Lehrer Kirsch wieder frei
Lehrer Kirsch (Ostpreußen). Der Lehrer Kirsch aus Marienfelde (Kreis Herbede), der in der Nähe von Marienfelde die polnische Grenzpolizei festgenommen worden war, nachdem Landrat Wengert seine Freilassung mit Generäle betrieben und auch einen Totalerlös abgehandelt hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Lehrer Kirsch hatte sich zur Grenze begeben, um sich über ihren Verlauf zu unterrichten, da er in der Schule dieses Themas heimatkundlich behandeln wollte. Als er auf der Demarkationslinie einen polnischen Grenzbeamten traf und ihn auf Deutsch um eine Auskunft bat, verhaftete ihn der polnische Soldat, der kein Wort Deutsch verstand.

Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 4,5 Prozent.

Beschluß des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses.
Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm am Dienstag die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung auf 4,5 Prozent an. Sozialdemokraten und Deutschnationale enthielten sich der Stimme.

Dann wurde über den Antrag der Regierungsparteien abgemittelt, durch den vom 1. April 1931 ab der Höchstbetrag der Darlehen für die Arbeitslosenversicherung jeweils im Haushaltsjahre festgesetzt werden soll. Die Deutschnationalen stimmten mit der Regierungspartei, die Sozialdemokraten dagegen. So wurde dem Antrag zugestimmt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, baldigst eine

Denkschrift über eine grundsätzliche Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung vorzulegen. In dieser Denkschrift sollen vor allem jene Angelegenheiten Berücksichtigung finden, in denen die Einrichtung von Gefahrenklassen und die Zulassung von Ersatzkräften der Umgestaltung gefordert wird.

Pensionstärkung bei Doppelverdienern.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag des Zentrums auf Pensionstärkung bei Doppelverdienern angenommen. Deswegen fand der sozialdemokratische Antrag, der den Pensionsschritt auf 12 000 jährlich festsetzt, gegen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei in erster Lesung angenommen.

Der Zentrumsantrag gestaltet den § 1 des Gesetzes dahin, daß einem Ruhegehaltsempfänger, der neben seinen Versorgungsgehaltnissen ein weiteres steuerbares Arbeitsverhältnis hat, das Ruhegehalt um die Hälfte des Betrages gekürzt wird, um den das Arbeitsverhältnis den Betrag von 6000 Mark jährlich übersteigt. Den Ruhegehaltsempfängern sollen vorzugsberechtigte Hinterbliebenen gleichgestellt werden. Nach § 1 soll der § 1 auch für die Wartegeldempfänger und die Beamten, die unter Belastung des vollen Gehalts vom Amt entbunden sind, gelten. Der § 1 soll ferner gelten für die nach dem Offizierpensionsgesetz vom Jahre 1906 und den entsprechenden älteren Gesetzen, für die nach dem Offizierentgeltabzugsgegesetz vom September 1919, dem Reichsministergegesetz vom März 1930 und dem Wehrmachtversorgungsgesetz vom August 1921 versorgten Personen. Die Kürzung soll sich auch auf die laufenden Uebergangsbeträge nach den entsprechenden Paragraphen des Wehrmachtversorgungsgesetzes erstrecken. § 1 soll ferner gelten für die ehemaligen Kapitulant, die Dienstvertritten erhalten. Die übrigen Paragraphen wurden unverändert entsprechend dem sozialdemokratischen Initiativgesetz angenommen.

Es wurden dem Gesetzentwurf noch folgende Artikel angefügt: Nach Artikel 2a sollen die Vorschriften auch bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Deutschen Reichsbank eingeführt werden. Nach Artikel 2b sollen die Versorgungsbezüge der Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger bei den Ländern, Gemeinden usw. nicht günstiger geregelt sein, als es für die Reichsbeamten vorgehrieben ist. Die Länder sollen verpflichtet sein, die erforderlichen Vorschriften spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes zu erlassen und durchzuführen. — Nach Artikel 2c sollen Abfindungs-, Renten- und sonstige Verträge, die in ihrer Gesamtwirkung eine günstigere Regelung als in den Artikeln 1 und 2 vorgehoben ist, dorthin, aufgehoben werden. Der Ausschuß beschloß, als Kern für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober 1930 zu bestimmen. — Der Ausschuß nimmt die zweite Lesung des Pensionstärkungsgesetzes am Donnerstag vor.

87 Hauptakten, 40 Bände Gutachten, 1200 Beilagen.

Das Ergebnis der Voruntersuchung gegen Sklarek und Genossen.

Die Voruntersuchung gegen Sklarek und Genossen ist jetzt geschlossen worden, und zwar gegen die Brüder Max, Leo und Willy Sklarek, die Bezirksbürgermeister Schneider und Kohl, die Berliner Stadträte Degner und Benede, die früheren Stadträte Gabel und Schöning, den Stadtrat Gadowitz, den ehemaligen Protokollführer der Berliner Anwalts-Gesellschaft Siebert, den Buchhalter Lehmann und den ehemaligen Buchprüfer des Finanzamtes Lubing.

Der äußerst umfangreiche Stoff, der niedergelegt ist in 87 Hauptakten, 40 Bänden Gutachten, 1200 Beilagen und rund 2000 beschlagnahmten Geschäftsbüchern und Korrespondenzmappen ist jetzt soweit geklärt, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage abfassen bzw. etwaige Anträge auf Aufrechterhaltung stellen kann.

Deutschlands Antwort auf den Paneuropa-Vorschlag.

Die Reichsregierung hat auf das Memorandum der französischen Regierung vom 1. Mai 1930 über die „Organisation einer europäischen Bundesordnung“ eine längere Antwort gegeben, in der es u. a. heißt:

Die Gemeinsamkeit europäischer Interessen hat die Staaten Europas im vergangenen Herbst zu einer ersten Beratung zusammengeführt. Die Motive, welche die deutsche Regierung damals zur Mitwirkung bewegen haben, bestehen für Deutschland fort. Die Länder Europas, weit entfernt von einem Zustand ruhiger Ausgeglichenheit, sind mit Spannungen und Gegensätzen der verschiedensten Art belastet. Das zwingt die europäischen Regierungen zur Ueberlegung, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um den drohenden Gefahren durch foltbachige Maßnahmen zu begegnen. Die deutsche Regierung hat es daher mit Genugtuung begrüßt, daß die französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland.

Die deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten und stellt sich für eine eingehende Beratung während der Sitzung des Völkerbundes im Herbst dieses Jahres zur Verfügung.

Sie sieht das Endziel darin, in eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.

Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine spezifisch europäische Regelung in Betracht kommen. Bei der Prüfung dieser Frage muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden. Es darf nicht geheißen, daß einzelne europäische Länder der europäischen Zusammenarbeit entfremdet werden. Ein europäisches Programm müßte daher materiell und geographisch so elastisch wie möglich gestaltet werden.

Auch der Ausschluß solcher europäischen Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei, widerspricht der bisher mit Recht geübten Praxis. — Die französische Regierung betont die Notwendigkeit, die europäische Aufgabe von der politischen Seite aus in Angriff zu nehmen und erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen an die wirtschaftlichen Probleme heranzutreten. Die Deutsche Regierung kann der französischen Regierung insofern durchaus zustimmen, als auch sie davon überzeugt ist, daß

die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Maße in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Kontinents hat. Deshalb kann in der Tat, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an tiefen politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden.

Das Eine möchte die deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen: alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundbedingung der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen.

Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genutzt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. Umgekehrt wird gerade die wirtschaftliche Verständigung

wesentlich zur Verstärkung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen. Die Untersuchung der europäischen Wirtschaft wird von der Krise der Landwirtschaft und der Abnahme der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen müssen, um größere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern. Die deutsche Regierung hält es deshalb für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Sozialpolitik, fortzusetzen.

Bei der Behandlung des europäischen Wirtschaftsproblems dürfen indes

nach Ansicht der deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden:

So notwendig es ist, daß die Regierungen selbst das europäische Problem in die Hand nehmen, so können doch Regierungen allein dem notleidenden Europa nicht helfen. Die unmittelbare Verständigung bestimmter Wirtschaftszweige auf privatrechtlicher Grundlage bleibt eine Arbeitsfeld, dem in der Neuordnung des wirtschaftlichen Europa ein wichtiger Platz anzumerken ist. Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen militärische Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden.

Es müssen alle Folgen in Betracht gezogen werden, die sich aus der Besondere Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten finanziellen Gesamtlage ergeben.

In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß.

Die deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf.

Es sollte keine europäische Absonderung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnte. Durch eine Neigung zur Gruppierung nach Kontinenten könnte dieses gleichmäßige allgemeine Interesse abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflusst werden. Bei jeder Art engerer europäischer Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein. Keinesfalls sollte in denjenigen Fragen, die bereits den Gegenstand von Völkerbundarbeiten gebildet haben oder bilden, eine Aenderung der organisatorischen Methode vorgenommen werden.

Die deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie sieht danach die nächste Aufgabe darin, zuerst einmal einen Überblick über die Materien zu gewinnen, die in europäischer Gemeinschaftsarbeit behandelt werden können und müssen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September. Für diese Zusammenkunft behält sich die deutsche Regierung ihrerseits Erklärungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor. Das dann insgesamt vorgebrachte Material wäre zu sichten und zu einer Verhandlungsgrundlage zu gestalten. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und übersichtlich festgestellt, wird man der Frage der weiteren Behandlung näher treten können.

Deutschlands Antwort in Paris überreicht.

Paris. Am Dienstag nachmittag überreichte der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, die deutsche Antwort auf Briand's Panuropa-Memorandum. In die Uebergabe schloß sich eine längere Unterredung zwischen v. Hoesch und Briand an über die Gestaltung einer gedeihlichen Entwicklung unter den europäischen Staaten.

Brünnings Appell an den Reichstag.

200. Sitzung, Dienstag, den 15. Juli.

In der Memorandum des Reichstages wurde zunächst der Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages mit der Beratung der Deckungsvorlagen verbunden. Das Haus beschloß (obwohl die Anträge über das Neubauwerk Grubenunglück. Im Ausschuß ist vorgeschlagen worden, dem Oberbergamt einen Betrag bis zu 1 Million Mark zu überweisen, um bei Unfällen im niederschlagreichen Bergbau Beihilfen gewähren zu können. Abg. Sabajski (Komm.) benutzte auch dieses entseßliche Unglück zu einer großen Geyrede.

Die Ausschlußanträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag auf Bewilligung der Mittel erhielt folgende neue Fassung: Die Reichsregierung wird ersucht, aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe Neubau bis zu 1 Million Mark dem Bergmannsfonds für den niederschlagreichen Steintohlenbezirk beim Oberbergamt Breslau zur Unterstützung der Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Bergleuten des Waldburg-Neuroder Steintohlenbezirks und ferner zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirkes zur Verfügung zu stellen. Es folgte die zweite Beratung des Weingesezes. Es wurde im wesentlichen in der Ausschlußfassung in zweiter und dritter Lesung und schließlich auch in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen. Die Bestimmungen über den Hybridweizen sollen am 1. September 1935 in Kraft treten.

Das Haus ging über zur zweiten Beratung der Deckungsvorlagen. Von den Regierungsparteien waren die ursprünglichen Regierungsvorlagen und die Bürgersteuer als Aenderungsanträge eingebracht worden. Die Berichterstatter verzichteten darauf zu sprechen. Der Reichstagspräsident gab das Wort dem

Reichskanzler Dr. Brüning,

der feststellte, daß er angesichts der gesamtpolitischen Lage keine großen Ausführungen machen werde. Auf dem Grunde lasse das Gefühl der Unsicherheit, das für eine Anruebelung der Wirtschaft fennend wirke. Leider seien die Gründe der Reichsregierung für das Sofortprogramm nicht überall verstanden worden. Wir ständen vor einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten nicht gehabt hätten.

Opfer der Liebe.

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten. (Nachdruck verboten.)

22. Fortsetzung.

„Nun, darauf stehe ich schon einen Plan aufbauen,“ sagte der Marquis nachdenklich.
„Ich verlese nicht.“
„Ich muß mir die Sache noch überlegen, dann wollen wir weiter darüber reden. Ist denn der Oberleutnant mit nach Kantow gereist?“
„Nein, aber er will zum Weihnachtsfest dort sein.“
„So müssen wir beschließen, daß sie sich bei dieser Gelegenheit verloben. Das könnte die Sache schwieriger machen und noch mehr verwickeln. Können Sie Ella nicht warnen, keine bindende Zusage zu geben?“
„Das könnte ich schon,“ entgegnete Frau v. Pogany aufstehend.
„Ich könnte ihr ja schreiben, daß sie ohne die Bewilligung ihres Vaters sich auf keine bindende Erklärung einlassen sollte.“
„Ja, und schreiben Sie ihr, daß ihr Vater krank sei, daß er sich in Wiesbaden einer Kur unterziehe und jede Erregung vermeiden müsse. Ich denke, das wird vorläufig genügen. Wenn sie dann wieder hier ist, müssen wir weiter sehen. Ihre Kindesliebe müssen wir benutzen.“
„Wie das?“
„Das sage ich Ihnen später. Schreiben Sie ihr nur heute logisch. Berufen Sie sich auf mich, ich hätte Nachdruck von ihrem Vater erhalten. Machen Sie die Sache ein bißchen schlummer.“
„Verlassen Sie sich auf mich.“
„Nun gut, so will ich es. Sie jetzt verlassen. Wir verstehen uns jetzt, nicht wahr, und ich kann mich auf Sie verlassen um unserer alten Freundschaft willen, Maria?“
Er reichte ihr die Hand, die sie zärtlich an ihre Brust drückte.
„Es war doch eine schöne Zeit, Carlo.“...“ küßte sie schmachend.

„Es bestätigt sich immer mehr“, sagte der Kanzler, „daß wir es nicht mit einer konjunkturellen Depression vorübergehender Art zu tun haben, sondern mit einer billigen Strukturwandlung der gesamten Weltwirtschaft.“ Dadurch ist jede Reichsregierung vor eine ungeheure Aufgabe gestellt. Wenn eine Reichsregierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, alle notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, dann hätte sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volke schmachlich verletzt. Deshalb mußten wir den Mut haben, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zugumuten.“

Die Voraussetzungen für die Durchführung aller Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen Reformen, sei, daß vorher das Defizit des Reichsstats gedeckt werde. Unter Widerspruch behauptete der Reichskanzler, es gebe keine anderen Möglichkeiten, als die von der Regierung vorgeschlagenen.

Die Regierung wolle eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichem Plan durchführen und geschäftig veranzern. Alle Arbeiten wären erfolglos, wenn das Parlament jetzt seine Pflicht nicht erfülle. Als der Kanzler weiter sprach, es sei eine große Stunde für den Reichstag angebrochen, erstürmte laute Rufe: „Bantero!“ Demokratie und Parlament, meinte der Kanzler, würden am besten geschützt durch den Mut zur Verantwortung, auch zu unpopulären Maßnahmen. Wenn der Reichstag diese Verantwortung nicht aufbringen würde, werde die Regierung im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die zur Deckung des Defizits im Reichshaushalt notwendig seien. Darauf wurde dem Zentrumssitze beantragt, jetzt nicht in die allgemeine Aussprache einzutreten, sondern lediglich den Artikel 1 mit verteilbarher Beibehaltung zur Besprechung zu stellen, um dann sofort darüber abzustimmen. Die Sozialdemokraten beantragten darauf, die Sitzung um eine Stunde zu vertagen, damit ihre Fraktion Gelegenheit habe, zu dem Zentrumsvorschlag Stellung zu nehmen. Die Kommunisten protestierten und behaupteten, die Aussprache solle abgewiesen werden. Der Berathungsantrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Der Wortlaut des Artikels 48.

Artikel 48 der Reichsverfassung, auf Grund dessen Reichskanzler Brüning seine Steuererlasse im Reichstag verkünden will, hat folgenden Wortlaut:

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. In diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Politische Prozesse in Berlin.

Die politischen Prozesse vor den Schwurgerichten am Landgericht II und III in Berlin haben am Dienstag ihren Fortgang genommen. Im Röntgenatler Aufbruch- und Lotzlagsprozess gegen 18 Nationalsozialisten wurde eine Reihe von Anträgen gestellt. Die Anträge gingen in der Hauptsache dahin, in Röntgenatler einen Tottermin abzuhalten.

Vor dem Schwurgericht II Berlin begann am Dienstag ein neuer Schlagsprozess, der sich gegen sechs Nationalsozialisten richtete. Als Hauptbeschuldiger gilt ein junger Mann namens W. J. e. n. b. e. r. g. Die fünf Angeklagten wird zur Last gelegt, am Abend des 16. Mai dieses Jahres in Berlin-Schöneberg bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten den Zeitungshändler S. e. i. m. b. ü. r. g. e. r. erschossen zu haben.

Er entzog ihr brutal die Hand.

„Wir haben jetzt an anderes zu denken, als an alte Geschichten,“ lachte er spöttisch und wusch sie. Sie saß in den Seifeln zurück und bedeckte die Augen mit der Hand. Der „Kramladen“ stand als Schreckgespenst vor ihrer Seele.

Kapitel 9.

„So schön wie in Salzburg, wo Sie in Pension waren, liebe Ella, ist es in Kantow nicht, und unsere arme Ofsee kann sich mit dem blauen Mittelmeer an der Küste der Riviera auch nicht messen,“ sagte Frau v. Winnefeld lächelnd, als sie vor dem langgestreckten alten Gutshaus vor Kantow aus dem Schlitzen stiegen und in den Hausflur traten, dessen Wände mit Kerkronen, Hirschgeweihen und dunklen Bildnissen bedeckt waren.

„Aber die Fahrt hierher war herrlich,“ entgegnete Ella, deren Augen freudig blühten, während ihre Wangen durch die frische Winterluft gerötet waren.

In ihrem eleganten Pelzmantel und Pelzmütze mit dem Reiter, dem großen Muff und den pelzverbrämten Stiefeln, paßte Ella eigentlich nicht in die einfache Umgebung des Kantower Gutshauses, dessen Einrichtung noch von der Schwiegereltern der Frau v. Winnefeld stammte und den Besuch mit atmosphärischer Behaglichkeit umring.

Auch der grautöppige alte Diener in fetter einfacher, dunkler Kutur, der den Damen die Mäntel und Pelze abnahm, schien noch aus einer längst untergegangenen Zeit übriggeblieben zu sein, und das stinte Stubenmädchen Minna im schwarzen Kleide mit laubener weißer Besatzschürze fiel etwas aus dem atmosphärischen Rahmen des behaglichen Hauses.

Aber Ella fühlte sich sehr glücklich in dieser Umgebung. Schon die Eisenbahnfahrt durch die beschneite norddeutsche Ebene mit ihren kleinen Städten, den verstreuten ländlichen Dörfern und Landgütern, seinen dunklen Fichtenwäldern, zwischen denen die schimmernden Flächen der Seen hervorblühten, der weite staßblaue Himmel, der sich wie eine ungeheure Glocke über die Landschaft wölbe, das alles erschien ihr seltsam neu und schön, das alles entzückte ihr Auge, das bisher nur gewohnt gewesen war, den umgrenzten Horizont großer Städte zu sehen. Hier atmete

Die Deutschnationalen fordern Einberufung des Preussischen Landtags.

Namens der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag hat Stadtrat Steinhoff, M. d. L., an den Landtagspräsidenten Bartels folgendes Schreiben geschickt: „Sehr verehrter Herr Präsident!

Auf Grund des in der Presse veröffentlichten Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn preussischen Landtagspräsidenten, das Stahlfeldverbot und die Besetzung fernere betreffend, bitte ich, mir mitteilen zu wollen, ob Herr Präsident, von Ihrem Recht nach Artikel 17 des Grundgesetzes Gebrauch machen und den Landtag sofort einberufen soll. Ich brauche Sie nicht auf die Notwendigkeit einer solchen Einberufung angesichts dieses Geschehnisses hinzuweisen.“

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dresden. Im Sächsischen Landtag wurden bei der Wahl des Ministerpräsidenten 46 Stimmen für Dr. K. u. g. n. R. i. b. d. a. abgegeben, für den die Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Sächsischen Landvolkspartei, Wirtschaftspartei, Volkswirtschaftspartei und Sozialer Volksdienst stimmten. G. i. n. i. t. z. (Soz.) hielt 32 Stimmen. Für ihn stimmten nur die Sozialisten. 13 Stimmen erhielt der Kommunist K. e. m. m. drei Stimmen der Demokrat Dr. K. i. l. z. und zwei Stimmen der Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigungen Dr. R. i. c. h. t. e. r.

Zurückhaltung gegenüber Briand's Sirenenklänge Panuropa und die skandinavischen Staaten.

Kopenhagen. Die Antwort der dänischen Regierung auf das Briand'sche Memorandum wird jetzt im Auswärtigen Amt veröffentlicht. Im allgemeinen läßt die dänische Regierung zu dem Plane Briand's auf Schaffung eines europäischen Staatenbundes ihre Zustimmung, sie gibt aber doch auch schärfere Bedenken Raum. Die europäische Zusammenarbeit müsse innerhalb des Rahmens des Völkerbundes stattfinden und nicht im Gegensatz zwischen den Interessen Europas und anderer Weltteile. Die dänische Regierung hält es für notwendig, daß alle Staaten von irgend welcher Bedeutung sich auf wirklich anschließender Basis eine Zusammenarbeit von Staaten in befristeter Form einrichten lassen.

Die schwedische und die norwegische Regierung haben gleichfalls ihre Antworten erteilt. Schwedens Zustimmung ist zustimmend. Die europäische Zusammenarbeit müsse aber in loseren Formen gemacht werden, es müsse besonders um wirtschaftliche Probleme handeln. Die westliche Antwort gibt ebenfalls eine Zustimmung zu Briand'schen Gedanken ebenfalls. Als besonders bemerkenswert ist der Satz in der Antwort anzusehen, in dem Ausdruck kommt, daß ein europäischer Zusammenstoß unvermeidlichen Gruppenbildung innerhalb des Völkerbundes entgegenwirken würde.

14 Zentimeter besser als der Weltrekord.



Bei den Norddeutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Hamburg gab es eine Sensation. K. ö. h. e. r. m. a. n. n., der bis blendender Form befindet, gelang ein Weltrekord von 7,97 Meter, eine Leistung, die um 14 Zentimeter besser als der Weltrekord. Leider konnte der Sprung nicht anerkannt werden, denn Köchermann war beim Abprallen zwei bis drei Zentimeter überbetreten.

sie frei auf und ihre Brust weitete sich unter den Winden, der über die Ebene dahinjauzte.

Und dann kam die entzückende Fahrt im Schlitzen nach Kantow! Zuerst durch ein langgestrecktes Dorf mit seinen freundlichen Häusern, aus deren Schornsteinen der Rauch der Herde langsam emporzog, und dann die Fahrt durch den tief verschneiten Wald, der so lautlos still dalag, so festerlich schweigend, daß man meinte, in einer Kirche zu stehen. Nur das leise, harmonische Schellengeläut der beiden kräftigen Pferde unterbrach diese Stille. Zumeist raschelte es in dem Gebüsch, ein Haase oder ein Fasan mochte wohl durch den Schlitzen aufgeschreckt sein und tiefer in den Wald fliehen. Man fuhr wie in einem Märchen dahin, und mit großen erstaunten Augen sah Ella in die schweigende Nacht des winterlichen Waldes hinaus.

Und Kantow selbst paßte so recht in dieses Märchen hinein mit seinen langgestreckten, frohgebedeten Wirtschaftsgebäuden, mit dem alten, weißen Herrenhaus, in dessen Fenstern die sintende Sonne blinkte, mit seinem großen Park, dessen riesige hundertjährige Bäume in ihren weißen Pelzmänteln so ernsthaft dastanden. Von fern lärmte ein buntpes Brauen in die Stille hinein — das war das Meer, die Ofsee, die, kaum eine halbe Stunde entfernt, ihre Wellen in unerwähltem Spiel gegen die Klünen war, welche Dorf und Gut Kantow vor dem Ansturm der Winternacht schützten.

Hier fühlte man sich geborgen vor dem rauhen Winterstürmen der Welt! Hier herrschten Ruhe und Frieden, und die Stürme des Lebens schienen sich an den hohen Bäumen des Parks, an dem schweigenden Walde zu brechen, und kraftlos vorüberzuströmen an dem alten Gutshaus, in dem das seltsame Schweigen wie in dem Wald herrschte.

In stiller Behaglichkeit verfloßen die Tage. Frau v. Winnefeld war viel in der Wirtschaft beschäftigt, aber sie konzentrierte mit dem Inspektor Krüger, einem altertümlichen Beamten, der sein gutes Herz unter einer bärbeißigen Miene zu verbergen bestrebt war. Die beiden jungen Mädchen, Luise und Ella, waren daher auf sich allein angewiesen. Aber die Zeit wurde ihnen nicht lang.

250 Mitglieder der Steuben-Gesellschaft bereisen Deutschland. Am Dienstag abend trafen in Berlin 250 Mitglieder der Deutsch-Amerikanischen Steuben-Gesellschaft ein, die eine Reise durch Deutschland unternehmen und anlässlich des 200. Geburtstages des Generals Wilhelm von Steuben in seiner Vaterstadt Magdeburg und in Potsdam, wo das einzige Steuben-Denkmal in Deutschland steht, Kundgebungen veranstalten wollen. Die Feier in Potsdam wird am Donnerstag vor dem Steuben-Denkmal in der Schloßstraße stattfinden. Am 20. Juli wird die Gesellschaft sich dann nach Magdeburg begeben, wo an diesem Tage die feierliche Entfaltung der Steuben-Gedenktafel aus Anlaß der 200. Wiederkehr des Geburtstages des Generals Steuben, des Organizers der amerikanischen Unabhängigkeitsarmee, stattfindet.

Unterschlagung bei der Braunschweigischen Landesparlamente. Der bei der Braunschweigischen Landesparlamente in Halberstadt angestellte Kassierer Redner hat Unterschlagungen in Höhe von etwa 80 000 Mark begangen. Redner, der verheiratet ist und Kinder hat, versuchte mit seiner Familie zu flüchten. Er kam jedoch nur bis Braunschweig, wo er ergriffen und in das dortige Gefängnis eingeliefert wurde. Frau Redner war schon längere Zeit durch eine verschwenderrische Lebensführung aufgefallen. Die Unterschlagungen verteilen sich auf mehrere Jahre.

Vater von sechs Kindern ertrinkt in der Ostsee. In Brunsbüttel wurde der aus Bremen zugereiste Dr. Johannsen im Wasser vor einem Herzschlag getroffen. Im Gespräch mit einer Dame verankert er plötzlich vor deren Augen in der Brandung, ohne daß der Vorfall von jemand

andem bemerkt wurde. Er wurde von der Dame an Land gebracht. Der Verunglückte hinterläßt Frau und sechs Kinder.

Ein zweites Todesopfer des Schöpauer Flugzeugunfalls. Das Flugzeugunfall bei Schöpa, das am Montag nachmittag dem Studenten von Fiedler das Leben kostete, hat am Dienstag ein zweites Todesopfer gefordert. Der Begleiter Fiedlers, der Student Käbiger aus Dresden, der mit zerstückelten Beinen in das Meschburger Krankenhaus gebracht worden war, ist an Herzschwäche gestorben.

48 000 Eier verbrannt. In dem italienischen Orte Crignacco wurde ein Exportlagerhaus durch Feuer vernichtet. 48 000 Mandels Eier verbrannten.

Manche freie Stunde verschafft Ihnen!



1 REISSIEBEL IMI AUF 10 LITER
= 1 EIMER HEISSES WASSER

HEILIGER
HANS
LUPHAN



Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Bädewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Obstnutzung der Aepfel und Pflaumenbäume** an den Kreis-Chauffeen soll wie folgt öffentlich verpachtet werden:

1. Am **Mittwoch, den 25. Juli**, nachmittags 14 Uhr, im Gasthaus in Damsdorf; Chauffee Paplitz — Webersdorfer Eichen (Pflaumen).
2. An demselben Tage, **Mittwoch, den 25. Juli 1930**, nachmittags 15 Uhr, im Gasthaus in Groß-Ziesch; Chauffee Paplitz — Webersdorfer Eichen (Pflaumen).
3. An demselben Tage, **Mittwoch, den 25. Juli 1930**, nachmittags 16 Uhr, im Gasthaus Beelow in Waruth; Chauffee Paplitz — Waruth (Aepfel).

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. Die Pachtsumme ist im Termin zu bezahlen oder Sicherheit hierfür zu hinterlegen.

Jüterbog, den 11. Juli 1930.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Dr. Ulfinger, Landrat.

Bekanntmachung.

Am **Sonntag, den 20. d. Mts.**, dürfen sämtliche Geschäfte von 8—9 Uhr vormittags und von 1/2 12 Uhr mittags bis 1/4 1 Uhr nachmittags **offen** gehalten werden.

Baruth, den 16. Juli 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Oeffentliche Mahnung! Die rückständigen **Steuern** sind bis zum 25. d. Mts. in der Kämmereikasse zu entrichten.

Baruth, den 16. Juli 1930.

Der Magistrat.

Saure Kirschen

und neue Kartoffeln
verkauft

Otto Husehke

1200 Mk.

zu verleihen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Baruther Anzeiger“.



Kartoffel-Stempel
liert
Buchdruckerei
1. Särchen



Freiwillige Feuerwehr zu Baruth

Am **Freitag, den 18. d. Mts.**,
abends 8 1/2 Uhr

Baruth, den 16. Juli 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die rückständigen **Steuern** sind bis zum 25. d. Mts. in der Kämmereikasse zu entrichten.

Baruth, den 16. Juli 1930.

Der Magistrat.

Saure Kirschen

und neue Kartoffeln
verkauft

Otto Husehke

1200 Mk.

zu verleihen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Baruther Anzeiger“.



Kartoffel-Stempel
liert
Buchdruckerei
1. Särchen

Am 15. d. Mts. entschlief plötzlich und unerwartet im 55. Lebensjahr mein über alles geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

der prakt. Tierarzt Felix Train

Präsident des Reichsverbandes praktischer Tierärzte,
Ehrenbürger der Tierärztlichen Hochschule Hannover.

In tiefstem Schmerz im Namen der Hinterbliebenen

Frau Else Train, geb. Engler

Paul Train

Felix Train

Gert Train

BARUTH (Mark), den 16. Juli 1930.

Die Beisetzung findet am Sonnabend, den 19. Juli, 16 1/2 Uhr, von der hiesigen Friedhofshalle aus statt.

Rheinland-Heft der „WOCHE“

Dem freien Rheinland
gewidmet. Ein Dokument, das
jeder Deutsche besitzen muß!

Aus dem Inhalt:

Auf freiem Rhein Von Rudolf Herzog
Herzhafte Aufforderung
zu Rheinreisen Von Herbert Eulenberg
Heft der Rheinlande Von Wilh. Schäfer
Rheinisches Schicksal 1914—1930
Von M. d. R. Wellraf
Rheinische Schnurren
Von Heinz Stegweil

Weitere Beiträge von: Otto Brües, Dr. Diem,
Walter Flinisch, Eduard Reinacher, René
Schickel, Wilh. Schmidtborn, L. Sternberg,
Carl Zuckmayer

Sichern Sie sich und Ihrer
Familie dieses herrliche
Rheinland-Heft der Woche

Preis nur 50 Pfennig
Bei allen Buch- und Zeitungshändlern

Lohnzettler sind zu haben in der
Buchdruckerei J. Särchen

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

Zahnpraxis Geissert

Halte jeden Sonnabend von 8—8 und
Sonntags von 8—11 Uhr im Hause
Goldenerstraße 19 neben Café
Herzschuch (Winger)
Sprechstunden ab.

25-jährige Fachtätigkeit

Fritz Geissert, Dentist
Golssen N.-L.

Solide Preise

Photograph Ferd. Patzer

empfiehlt sich zur

Anfertigung sämtlicher Aufnahmen

Vergrößerungen, Vereinsbilder, Hochzeitsbilder.
Gleichzeitig empfehle mich für

Einrahmungen jeder Art

Bestellung nimmt Herr Louis Junker entgegen